

Vorstand und Revisoren

des Kantonalen Gewerkschaftsbundes St.Gallen
Stand 31. Dezember 2020

Präsidentin	Barbara Gysi	Nationalrätin PVB/ VPOD/Unia	Wil
Vizepräsidentin	Bettina Surber	Unia / VPOD	St.Gallen
Sekretärin	Irene Haag-Nessensohn	Unia / VPOD	Niederuzwil
	Alexandra Akeret	VPOD	Degersheim
	Rudolf Baumann	SEV-ZPV Säntis-Bodensee	
	Erich Bischof	Syndicom/ Rentnerkommission	St.Gallen
	Pius Frey	Unia	St.Gallen
	Anke Gähme	Unia	Amlikon
	Annemarie Gantenbein	syndicom	St.Gallen
	Dietmar Helbig	syndicom	St.Gallen
	Marco Huber	SEV-AS Ost	Wil
	Herbert Jochum	syndicom	Bühler
	Tobias Kindler	AvenirSocial	St.Gallen
	Sandrine Nikolic-Fuss	Kapers	Bettwiesen
	*Tobias Hollinger	Unia	St.Gallen
	*Claude Meier	SEV	Winterthur
	*Ramon Sepin	Unia	St.Gallen
Revision	Patrizia Amaechi	VPOD	Wattwil
Ersatzrevisorin	Gertrud Weber	Bankpersonalverband	Rorschacher- berg

*Infolge Absage der DV wegen Corona-Pandemie wird Wahl im 2021 vorgenommen

Jahresbericht 2020 der Präsidentin

Das Jahr 2020 wurde auch beim kantonalen Gewerkschaftsbund stark von der Coronapandemie geprägt; inhaltlich und auch in der Kommunikation.

Die Coronapandemie ist für viele Arbeitnehmende eine riesige Herausforderung. Sie sind unterschiedlich stark betroffen. So ist das Gesundheitswesen extrem gefordert und zeitweise wurde gar das Arbeitsgesetz ausgehebelt. Das Gesundheits- und Pflegepersonal musste lange Schichten schieben und konnte teils kaum Pausen machen. Dazu kommt die gesundheitliche Gefährdung. Zu Beginn belastete die Problematik des knappen Schutzmaterials, das namentlich in der Langzeitpflege fehlte, das Personal stark. Das Personal im Versorgungsbereich, allen voran das Verkaufspersonal musste unter schwierigen Bedingungen die Versorgung aufrechterhalten. Oftmals schlecht geschützt und mit improvisierten Abdeckungen. Aber auch Verkehr und Logistik waren extrem gefordert.

Ihnen allen gebührt ein Riesendank. Die Gewerkschaften fordern bessere Arbeitsbedingungen höhere Löhne und auch die Auszahlung eines Coronabonus. Doch vielerorts gab es ausser Applaus nichts.

Wir haben uns rasch um die Bedürfnisse und die Sicherheit der Arbeitnehmenden gekümmert. In den diversen Kontakten mit dem Volkswirtschaftsdepartement und in politischen Interventionen haben wir den Schutz der Arbeitnehmenden in den Vordergrund gerückt und im Frühling 2020 zusätzliche und verschärfte Kontrollen der Einhaltung der Coronaschutzmassnahmen für das Personal gefordert. Wir haben konkrete Angebote zur Unterstützung der Kontrolltätigkeit angeboten, die leider unbenutzt blieben. Medienmitteilungen und parallel dazu Vorstösse im Kantonsrat nutzten auch nichts. Der Kanton St. Gallen ist unbelehrbar und hinkt mit der Kontrolltätigkeit zu den flankierenden Massnahmen aber auch zur Arbeitsplatzsicherheit hintennach.

Engagiert haben wir uns auch stark für den Ausbau der Kurzarbeit, anständige Unterstützung für Unternehmen, die wegen der Pandemie von Schliessung betroffen waren und Ausfälle zu verzeichnen haben. Denn es gab ja in vielen Bereichen grosse Einschränkungen und Ausfälle. Viele Arbeitnehmende und auch Selbständige sind von grossen Existenzproblemen belastet. Die Vizepräsidentin des Kantonalen Gewerkschaftsbund, Bettina Surber, die auch Präsidentin der SP-Kantonsratsfraktion ist, hat hier wesentlich mitgeholfen und viel erreicht! Was die Hilfen anbelangt hat man bei uns rasch und unbürokratisch gehandelt.

An einem ersten Austausch des Volkswirtschaftsdepartements mit der Wirtschaft im Frühjahr 2020 waren die Gewerkschaften aussen vorgelassen worden, worauf wir protestierten. Ab dem zweiten Austausch wurde der Gewerkschaftsbund mit einer Delegation eingeladen. Mit dem neuen Volkswirtschaftsdirektor gestaltet sich die Zusammenarbeit offener, wenn auch inhaltlich nicht unbedingt einfacher.

So überraschte das VD mit einer forschenden Haltung gegenüber erweiterten Ladenöffnungszeiten in der Pandemie und auch gegen die Ausnutzung der Stadt St. Gallen gegen den Tourismusartikel. Das VD war nicht bereit die überrumpelnde Ausdehnung der Ladenöffnung in der Stadt St. Gallen zu unterbinden. Der Gewerkschaftsbund hatte sofort reagiert, als der St. Galler Stadtrat vor Pfingsten bekannt gab, dass die Geschäfte in der Innenstadt nach Pfingstensonntags bis 18Uhr und sonntags offenhalten können. Der Protest nutzte nichts. Darum haben der städtische und kantonale Gewerkschaftsbund zusammen mit der SP Stadt St. Gallen

und der Gewerkschaft Unia eine Volksinitiative lanciert. Die Volksinitiative will die Kompetenz des Stadtrats einschränken und die Erweiterung der Ladenöffnungszeiten zurückbauen.

Leider konnte der 1. Mai nicht traditionsgemäss mit einer Kundgebung und einem Fest gefeiert werden, sondern musste – wie so vieles andere – auf online-Formate verlegt werden. Eine Delegiertenversammlung fand 2020 leider gar nicht statt. Die Mai-DV verschoben wir auf den Novembertermin, den wir dann ganz absagen mussten.

Der Vorstand tagte regelmässig, aber diverse Male mittels Videositung, was zu einer durchwegs besseren Beteiligung führte. Der Austausch wurde rege genutzt. Eine Weiterbildungsveranstaltung zum Thema Überwachung legten wir von vorneherein auf Frühling 2021 fest.



Barbara Gysi, Präsidentin

Kantonale tripartite Kommission Flankierende Massnahmen zur Personenfreizügigkeit und Schwarzarbeit

Ein schwieriges Jahr in der Kontrolltätigkeit – nicht nur aufgrund der Pandemie. Wie hat sich die Tripartite Kommission des Kantons St.Gallen im Jahr 2020 unter diesen Bedingungen aufgestellt und wie reagiert sie auf solche Situationen.

An der ersten Sitzung der TPK St.Gallen im Februar 2020 erfolgte die Auswertung der Kommissionsarbeit 2019 – wobei sich keine wirklichen Verbesserungen in der Kontrolltätigkeit zeigte, sondern eher noch ein Absinken. Kurz danach sollte das Jahr 2020, welches bereits in der gewerkschaftlichen Vertretung unserer Mitglieder eine wahre Herausforderung wurde, fast zur Zerreihsprobe in der Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmervertretungen, Arbeitgebervertretungen und Kanton St.Gallen werden.

Die Pandemie, verbunden mit stetig steigenden Zahlen und dem ersten Lockdown hätten ein effizientes und vor allem gemeinsames Handeln der Mitglieder der TPK gefordert. Aus Sicht der Arbeitnehmervertretungen reagierte der Kanton viel zu spät in Sachen Pandemie. Erst nach starker Intervention unsererseits war Bruno Damann als zu dieser Zeit zuständiger Regierungsrat bereit, wenigstens Anfang April eine Telko mit uns zur bestehenden Situation abzuhalten. Den so notwendigen Schulterschluss bei der Bekämpfung der Auswirkungen der Pandemie zwischen allen drei beteiligten Vertretungen (Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Kanton) in Form einer tripartiten Arbeitsgruppe wurde vom Kanton St.Gallen als nicht notwendig erachtet. Im Gegenteil, es wurde darauf verwiesen, dass es einen kantonalen Führungsstab gäbe.

Dabei wäre ein gemeinsames Handeln im Sinne der Bewältigung einer aussergewöhnlichen und einschneidenden Situation das einzig Richtige gewesen. Da die Bereitschaft beim Kanton für ein gemeinsames Handeln offensichtlich fehlte, versuchte die Arbeitnehmervertretung in der TPK mit verschiedenen schriftlichen Vorstössen die TPK zum Handeln zu bewegen. Leider wurde sowohl die Forderung zum Einbezug des Verein Arbeitskontrolle in die Kontrolle

der Distanz und Hygienemassnahmen, sowie die Forderung zur Durchführung einer virtuellen, themenbezogenen TPK Sitzung von Arbeitgeberseite und Kanton nicht unterstützt.

Die 2. Sitzung des Jahres 2020 im Mai wurde seitens des Kantons somit als nicht notwendig erachtet und mit der notwendigen Mehrheit (Arbeitgeber und Kanton) storniert. Das Interventionsschreiben unsererseits wurde den Vertretern im Rahmen der Abstimmung nicht zugestellt. Wieder einmal eine verpasste Chance die gegenseitigen Interessen lösungsorientiert auszutauschen und gemeinsame Entscheidungen zeitnah zu treffen.

Die geplanten Fokusbranchen des Jahres 2020 – Bodenleger, Detailhandel sowie die Immobilienbranche.



Seitens des Kantons wurde der Antrag an alle Vertreter der TPK gestellt, den Detailhandel als Fokusbranche entweder auf die zweite Jahreshälfte oder auf 2021 zu verschieben. Wir als Arbeitnehmervertreter sind und waren der Meinung, dass nach dem Lockdown die Kontrollen unverzüglich wieder aufgenommen werden müssen. Doch auch hier das gleiche Bild, wir wurden überstimmt und unsere Argumente zwar zur Kenntnis genommen, aber nicht mit der nötigen Relevanz behandelt.

Die Anträge in der Stadt St.Gallen eine Tourismuszone mit stark erweiterten Öffnungszeiten einzurichten sowie nach der Öffnung nun der Antrag einer temporären Ausweitung der Ladenöffnungszeiten zur Bewältigung der Pandemie zeigen, dass Arbeitnehmerinteressen einmal mehr im Kanton St.Gallen nicht relevant sind.

Erfreulich ist, dass der Kanton 480 Stellenprozente im November 2019 bewilligt hat, um die mehr als schleppende Kontrolltätigkeit über Jahre hinweg in den Griff zu bekommen. Von den 1'000 Sollkontrollen in der Leistungsvereinbarung mit dem Seco konnten trotz Pandemie 672 durchgeführt werden. Dies ist zwar immer noch nicht zufriedenstellend, aber angesichts des besonderen Jahres 2020 ein Erfolg und mit 208 Kontrollen gegenüber 2019 ein Schritt in eine kontinuierliche Kontrolltätigkeit des Kantons St. Gallen in der Zukunft. Erfolgreiche Lohnverhandlungen gab es im Jahr 2020 sowohl in den Fokusbranchen als auch bei Entsendebetrieben. Die Auswertung und Kommunikation der Ergebnisse dieser Verhandlungen erfolgt klar und nachvollziehbar, entsprechende Anregungen der Arbeitnehmerseite wurde aufgenommen.

Erfreulich ist, dass seit dem 01.07.2020 nun endlich der NAV Hauswirtschaft in Kraft ist und bereits erste Kontrollen stattgefunden haben. Auch wenn wir in vielen Punkten unsere gewerkschaftlichen Anliegen nicht vollständig umsetzen konnten, ist nun bei diesen sehr prekären Arbeitsverhältnissen ein Grundstein gelegt.

In Bezug auf AVE-lose Zeiten bei einigen GAV (Bsp. Maler-Gipser) ist es uns gelungen, die Fachkompetenz des paritätischen Vereins Arbeitsplatzkontrolle gemeinsam mit dem Kanton in eine Rahmenvereinbarung einzubinden, die seit dem 01.01.2021 nun gilt. Das bedeutet, dass mit der vertieften Kompetenz der Kontrolleure des Vereins im jeweiligen GAV auch in Zeiten der AVE-Losigkeit eine nahtlose hohe Qualität gesichert ist. So müssen sich die Kontrolleure des Kantons nicht zusätzlich in diese Materie vertiefen und ihre Kontrollen auf die Entsandten und die nicht GAV gebundenen Branchen/ Betriebe konzentrieren.

Mit dem Übergang der Zuständigkeit an Regierungsrat Beat Tinner und dem wirklich zeitnahen ersten Termin mit uns als Arbeitnehmervertretern konnten erste Änderungen in der Zusammenarbeit erreicht werden. Zukünftig wird es unterjährig gemeinsame Treffen von IHK, Arbeitgeberverbänden und Arbeitnehmervertretungen mit ihm geben. Dies wird hoffentlich zu

einer verbesserten Zusammenarbeit und einem kontinuierlichen Austausch beitragen. Wir Arbeitnehmervertreter in der TPK sind zuversichtlich, dass wir so unsere Interessen stärker positionieren können.

Anke Gähme und Florian Kobler, Mitglieder der TPK des Kantons St.Gallen

AvenirSocial Sektion Ostschweiz

Im Jahr 2020 haben wir uns zu insgesamt neun Regionalleitungssitzungen getroffen, die aufgrund der Corona-Pandemie grösstenteils im virtuellen Raum stattgefunden haben.

Veranstaltungen

Zahlreiche Anlässe mussten im Jahr 2020 abgesagt bzw. verschoben werden. So zum Beispiel die geplante Regionalversammlung mit Komiker und Satiriker Renato Kaiser. Mit dem «Sozialpalaver» haben wir eine neue Veranstaltungsreihe lanciert; die Teilnehmenden profitierten von einem fachlichen Input mit anschliessendem Austausch. Die erste Reihe des Sozialpalavers widmete sich dem Thema «Soziale Arbeit und Recht». Eingeladene Expert*innen haben Grundlagen zur Thematik vermittelt sowie zu den Kinderrechten in der Schweiz referiert. Die Anlässe fanden virtuell statt, waren aber dennoch gut besucht. Im Rahmen des Sozi-Stamm mussten, Corona bedingt, leider auch Veranstaltungen abgesagt bzw. verschoben werden. Im Juni trafen wir uns im Waldschulzimmer in Weinfelden zum «Bräteln» und einem sehr interessanten Input von zwei Mitgliedern zu ihren Lieblings-Coachingtools. Den informellen Austausch im Frohsinn Weinfelden im September genossen wir in der Gartenbeiz.

Politisches Engagement

Auch 2020 beteiligten wir uns an verschiedenen Vernehmlassungen (z.B. Vernehmlassung zum Entwurf der Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz); Observationen im Sozialhilfebereich, Kanton Thurgau / Vernehmlassung zum Behindertenintegrationsgesetz (BIG), Kanton AR). Geplante Politikworkshops in Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle von AvenirSocial für unsere Mitglieder mussten ins 2021 verschoben werden. Am 8. März 2020 (St.Gallen) und 15. März 2020 (Thurgau) fanden Erneuerungswahlen für die Kantonsparlamente statt – für kandidierende Mitglieder von AvenirSocial haben wir entsprechende Wahlempfehlungen versendet.

Austausch und Vernetzung

Wiederum durften wir auf eine wertvolle Zusammenarbeit mit verschiedenen Organisationen zählen. So zum Beispiel mit der OST (Ostschweizer Fachhochschule), Fachbereich Soziale Arbeit und der höheren Fachschule für Sozialpädagogik Agogis – beide haben uns eingeladen, um den Studierenden den Berufsverband vorzustellen. Nach wie vor sind wir im Beirat des Fachbereichs Soziale Arbeit der OST vertreten. Monika Allenspach, die uns seit 2017 sehr engagiert in der Personalverbändekonferenz des Kantons St.Gallen (PVK) vertreten hat, ist per Ende 2020 zurückgetreten. Ab 2021 bringt sich Andrea Thoma für unsere Anliegen ein. Zahlreiche Mitglieder engagieren sich in unseren thematischen Arbeitsgruppen (Fachgruppe Soziale Arbeit in der Psychiatrie (SAIP), InFokus, Community Sozialhilfe, Anstellungsbedingungen & Lohnberatung).

An dieser Stelle bedanken wir uns für das aktive Engagement zahlreicher Mitglieder der Region Ostschweiz, die uns auch im Jahr 2020 tatkräftig unterstützt haben!

Die Regionalleitung Ostschweiz
Sibylla Strolz, Thomas Poletti, Carole Zellner, Tobias Kindler, Kathrin Amann

Bankpersonalverband Ostschweiz (BPVO)

Im Berichtsjahr, welches unter dem Eindruck der Corona-Pandemie stand, traf sich der Vorstand lediglich zu zwei Sitzungen.

Die ordentliche Generalversammlung des Bankpersonalverbandes Ostschweiz, die üblicherweise im Frühling stattfindet, musste verschoben werden. So fand die Generalversammlung letztlich erst 26.08.2020 statt, im Restaurant netts schützengarten in St.Gallen. Das geplante Rahmenprogramm vor dem geschäftlichen Teil (Besichtigung Brauerei Schützengarten) konnte Corona-bedingt leider nicht durchgeführt werden. An der Generalversammlung wurden die beiden langjährigen Revisoren Christian Lutz und Egon Link aus ihrem Amt verabschiedet und verdankt. Bei den Wahlgeschäften konnten schliesslich alle Ämter wieder besetzt bzw. komplettiert werden (Vorstand wie bisher; Markus Bruggmann, Benjamino Caneve und Roberto Massari als neue Delegierte; Markus Bruggmann und Urs Früh als neue Revisoren).

Am 11.09.2020 reisten vier Delegierte des Bankpersonalverbandes Ostschweiz nach Bern, um an der jährlichen Delegiertenversammlung des Schweizerischen Bankpersonalverbandes (SBPV) teilzunehmen. Die Delegiertenversammlung stand ganz im Zeichen der Wahl der verschiedenen Gremien und der Verabschiedung des langjährigen SBPV-Präsidenten Peter-René Wyder. Als neuer Präsident wurde Michael von Felten gewählt.

Neben der Generalversammlung fand im Berichtsjahr keine Mitgliederaktivität statt. Insbesondere musste der neu ins Leben gerufene Bankenstamm wegen Corona bis auf Weiteres „sistiert“ bleiben.

Die Rechtsberatung der Mitglieder erfolgt neu durch unseren Regionalleiter Heinz Gabathuler. Aus seiner Sicht ist zu ergänzen, dass es nur wenige individuelle Rechtsfälle aus der Region Ostschweiz (oder mit Arbeitsort in der Ostschweiz) gab. Es fanden im Berichtsjahr, abgesehen von einigen Filialschliessungen, auch keine Restrukturierungen bei Banken in der Ostschweiz statt.

Michael Thürlemann, Präsident Bankpersonalverband Ostschweiz

Garanto Rhein

Zusammenfassung

Anfang 2020 waren wir noch alle gut genährt und guter Hoffnung auf ein erfolgreiches Jahr. Im Radio hörte ich zum ersten Mal vor Weihnachten, dass in China eine neuartige Krankheit aufgetaucht ist. Meine Frau meinte da noch zu mir: „pass auf, dass wird böse werden.“ Ich versuchte sie zu besänftigen und meinte lapidar: „ach komm, das ist ja bloss ich China.“ Wie ich mich doch getäuscht habe. Und mit mir wohl viele andere auch.

Corona Lock Down

So geschah also etwas, was unsere Generation nicht für möglich gehalten hätte. Es kam, und das, ohne dass ein Schuss oder dergleichen gefallen war, zum kompletten Stillstand des gewohnten Lebens. Die Solidarität im Land war spürbar und gross. Beeindruckend war auch zu sehen, was und wer plötzlich als wirklich Systemrelevant galt (es waren nicht die Banken). Und dass jene, die in diesen Branchen arbeiteten nicht immer dementsprechend entlohnt wurden und werden (der eigentliche Skandal).

Auch waren plötzlich Sachen machbar, die früher nur einem erlauchten Kreis zugestanden wurde, nämlich Homeoffice. Grenzschiessungen wurden verfügt und beim GWK wurde plötzlich wieder wie früher gearbeitet und jedes Fahrzeug, jede Person kontrolliert. Genau hier zeigte sich nun, dass die bürgerliche Sparwut der vergangenen Jahrzehnte dazu führte, dass Zivile Kollegen und schlussendlich sogar die Armee in den Einsatz geschickt wurde.

Die Führung konnte nicht länger verwalten, sondern musste führen und Verantwortung übernehmen. Das gelang nicht immer optimal. Die GL EZV und der Direktor überzeugten aber in dieser Phase durch konkretes Handeln und einschreiten dort wo es zu Missständen kam. Es fand ein regelmäßiger Austausch mit den Verbänden statt und bei Problemen wurde unverzüglich gehandelt.

Auch wenn man nicht immer einer Meinung ist, so können wir von Garanto der GL in diesem Punkt unser Lob aussprechen.

Es wurde interveniert, als:

- trotz Pandemie die Durchmischung der Teams weitergeführt wurde
- die Arbeitszeitbestimmungen aufgehoben wurden, bevor die Verfügung durch den BR erfolgte
- Risikopersonen weiterhin im Fronteinsatz waren
- das Tragen von Masken in besonders betroffenen Gebieten untersagt wurde
- Homeoffice nicht ermöglicht wurde

Industriezollabbau & Zollgesetz

Im 2020 geschah ebenso etwas, was für viele undenkbar war. Als indirekter Gegenvorschlag zur Fair Preis Initiative des Konsumentenschutzes, schlug der BR die komplette Aufhebung der Industriezölle vor. Dieser Vorschlag kam mit allen nötigen Neoliberalen Grundsätzen daher die es braucht. Weniger Staat = mehr Freiheit resp. durch Abbau entsteht Gewinn und der Markt regelt alles resp. am Schluss profitieren Alle.

Doch wider Erwarten regte sich auf Politische Ebene Widerstand und viele glaubten den Versprechungen nicht. So sprachen sich diverse namhafte Persönlichkeiten im NR gegen einen Abbau und damit verbunden Verlust von 500 Mio Franken aus. Exponenten der CVP, zb. Markus Ritter zerpfückten die Vorlage und zeigten unmissverständlich die wahren Absichten hinter dieser Vorlage auf.

Die FDP und SVP sowie deren Interessengruppen konnten dem nichts entgegnen, ausser denselben ewigen Neoliberalen Mantras und leeren Phrasen. So kam es, dass der NR erst gar nicht auf die Vorlage eintrat.

Im SR sah die Sache dann anders aus und die Vertreter der Wirtschaft konnten den Ständerat zum Eintreten bringen. Das wirklich erstaunliche geschah aber danach in der WAK-Nr. Diese verschob den Entscheid und verlangte weitere Auskünfte im Sinne von Kosten-Nutzen und Berücksichtigung allfälliger Abgaben im ökologisch-sozialen Bereich.

Genauso startete die Vernehmlassung zum neuen Zollgesetz. Dieses ist ein Grundpfeiler der Neuausrichtung des Zolls. Während die Digitalisierung und Modernisierung des Zolls durchgehend begrüßt wurde, so haben im Prinzip sämtliche weiteren Absichten Schiffbruch erlitten. Diverse Verfasser, vom Kanton ZH und Solothurn, bis zu den Grünen oder der CVP haben der Bewaffnung und den weiteren Plänen eine Abfuhr erteilt. Teilweise zeigte man sich

äusserst irritiert über das Vorgehen sowie die im Vorschlag geäusserten Pläne. Alleine der oberste Datenschützer sah sich gezwungen, extra darauf hinzuweisen, dass seine Einwände vorgängig von der Verwaltung nicht gehört wurden.

Fazit: Digitalisierung ja – Bewaffnung nein, Eingriff in die Hoheit der Kantone

Wahl des neuen ZV und externer Präsident

Um gerüstet zu sein, für das was noch alles kommen wird...

Im Oktober 2020 konnte während einer Lockerungsphase der Maßnahmen die DV in Bern stattfinden. Dabei wurde die strategische Neuausrichtung bestätigt und der neue ZV gewählt. Gleichzeitig kam es zu einem Novum mit der 1. Wahl eines externen Präsidenten. Mit SR Christian Levrat konnten wir einen engagierten und vor allem enorm erfahrenen Präsidenten wählen.

Aufbau der Zusammenarbeit auf Stufe LE & RE

Durch die Neugestaltung der Regionen sowie der lokalen Ebenen kam es zu beträchtlichen Neuerungen in der Führung. Wir sind daran eine neue Zusammenarbeit zu etablieren. Die ersten Gespräche fanden statt und verliefen durchgehend positiv.

Ausblick 2021

In den nächsten Jahren sogar nächsten Monaten werden Entscheide gefällt und Strukturen geschaffen, die unsere tägliche Arbeit grundlegend beeinflussen. Während man früher in einer Art Schockstarre verweilte, ist es jetzt nötig sich für die Anliegen und Sorgen unserer Mitglieder stark zu machen.

Systemrelevant hat eine neue Bedeutung bekommen. Es ist nicht das Computersystem gemeint, sondern der Mensch und insbesondere der/die Mitarbeiter/in an der Front. Ihnen gilt es, besonders Sorge zu tragen und damit hoffentlich die Frustrationen und Probleme im Berufsalltag bewältigen zu können.

Mit dem neuen Präsidenten und dem neuen ZV sind wir bereit diese Herausforderungen anzunehmen.

Persönlich hoffe ich, dass die viel beschworenen Werte kritisch betrachtet werden und das dafür Worte wie Solidarität, Engagement für die Gemeinschaft und die Schwachen nicht bloss hohle Phrasen bleiben. Denn eines hat die Pandemie gezeigt. Wir können nur als Demokratie, als Gemeinschaft bestehen, wenn wir Rücksicht auf einander und uns selbst nehmen.

Victor Luisio, Präsident Garanto Rhein

Kapers

«In der Not erkennt man seine Freunde»

Ich war noch nie so froh wie in diesem Jahr, dass kapers Mitglied des SGB ist. Die gewerkschaftliche Solidarität funktioniert zu Krisenzeiten perfekt. Die Verlängerung der Kurzarbeitszeit auf 18 Monate oder auch die Deckung der tiefen Saläre zu 100% durch den Staat sind zwei Beispiele für dem Erfolg der Gewerkschaftspolitik in diesem Jahr 2020.

Die 13. AHV Rente war eine Initiative, in welcher wir uns seit Beginn engagiert hatten. Die Berufsgruppe der CCM ist zu 75% weiblich, viele von ihnen arbeiten in Teilzeit und müssen mit 60 oder 62 Jahren in Pension gehen. Unser Personal ist von Altersarmut bedroht.

Die Initiativen für die Einführung eines Minimumsalärs in Kloten, Zürich und Winterthur haben wir akribisch begleitet und getragen.

Die Zahl der Aktivmitglieder ist im Jahr 2020 deutlich gestiegen. Von einem durchschnittlichen Organisationsgrad von 66% in 2019 wurde bis im Dezember 2020 ein Zuwachs auf 72% verzeichnet. Ausserdem konnte kapers weitere Mitglieder bei anderen Airlines gewinnen, namentlich bei Helvetic und Chair. Weiterhin die einzige Kategorie mit einem hundertprozentigen Organisationsgrad sind die CCM der Basis Tokio.

Zwei neue Expansionsprojekte haben wir in die Wege geleitet: Helvetic und Chair. Leider hat die Krise unseren Schwung abgebremst.

Im Herbst begannen die Verhandlungen für die wirtschaftlichen Massnahmen. Nach 14 Tagen intensiver Debatten, einer Generalversammlung und zwei High Level Meetings, konnte der Vertrag Ende November endlich unterschrieben werden. Es ist für uns sehr beruhigend, dass der Gesamtarbeitsvertrag gleich nach der Krise in Kraft treten und der neue GAV2X seinen festen Platz in unserer Zukunft einnehmen kann.

Wir beendeten das Jahr mit Volldampf: mit der Organisation der Vorstandswahlen, der Diskussionseröffnung über die Einführung eines Minimumsalärs in Genf, dem Auftakt der Verhandlungen für einen Krisenvertrag für unsere Japanischen Kolleg*innen und vor allem mit der Unterschrift des neuen GAVs am 16. Dezember 2020.

Dr. phil. Sandrine Nikolic-Fuss, Präsidentin kapers Cabin Crew Union

Schweizerischer Musikerverband Sektion St.Gallen

An der Generalversammlung vom 24. Februar 2020 wurden neue Personen in den Vorstand der SMV-Sektion St.Gallen (im folgenden SV genannt) gewählt. Wir haben es noch rechtzeitig geschafft uns zu konstituieren und schon kamen der Lockdown und die mit der Corona-Pandemie verbundene Ungewissheit. Man hatte nur kurz Zeit um sich einzuarbeiten, informieren und vorzubereiten.

Als erstes mussten wir uns mit dem Thema Lohnerhöhung für das Sinfonieorchester St. Gallen befassen. Im Anschluss an die Orchesterversammlung 2019 haben der Orchestervorstand (im folgenden OV genannt) und der SV mit Unterstützung des Zentralsekretariats einen Brief an die Direktion der KTSG geschickt. Am 4. März bekamen der OV und der SV die Antwort des Verwaltungsratsausschuss (VRA). Trotz juristischer Abklärungen von Seiten unseres SMV-Zentralverbandes und des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes SGB, die die Verbindlichkeiten und Zweckbindung der Geldbeträge aus den parlamentarischen Abstimmungsvorlagen bestätigten, teilte der VRA diese Auffassung nicht. Der VRA ist der Meinung, dass eine Zweckgebundenheit der einzelnen Subventionsleistungen für einzelne konkrete Aufwandspositionen nicht Gegenstand der dem Volk unterbreiteten Abstimmungsvorlage war. Über einen zusätzlichen Subventionsbedarf wurde lediglich politisch unter verschiedenen Gesichtspunkten diskutiert. Basis für die Verwendung von Subventionsgeldern muss stets eine Gesamtbeurteilung der finanziellen Möglichkeiten wie Bedürfnisse sein. Der SV hat diese Stellungnahme zur Kenntnis genommen. Wegen der Corona-Krise und den davon für den Betrieb resultierenden allfälligen finanziellen Schwierigkeiten, hat der SV entschieden, dieses Thema zu einem späteren Zeitpunkt wiederzubeleben, auch wenn die Abstimmung vom 27. September 2009 über die neue Subventionsordnung (sGS 273.1) nicht gerade gestern passiert ist und es zunehmend schwer wird, überhaupt etwas zu erreichen.

Mitte März 2020 führten der Delegierte des Orchesters und der Präsident der Sektion konstruktive Gespräche mit der Direktion der KTSG bzgl. Lohnfortzahlung während dem Lockdown, Perspektiven, Aussichten. Die Löhne von Orchestermusikerinnen und Orchestermusikern der Sinfonieorchester St.Gallen wurden gesichert. Leider bekamen hingegen viele freischaffende Musikerinnen und Musiker massive finanzielle Probleme. Nur geplante und abgesagte Einsätze bis zu zwei Wochen (d.h. per Ende März) wurden durch KTSG entschädigt. Manche Freischaffende mussten durch die Hölle der Bürokratie damit sie von Arbeitslosenkasse ein paar Franken entschädigt bekamen. Diese Situation hat uns alle sehr bewegt, auch dass man nicht gross behilflich sein konnte. Aus diesem Grund entschied der SV, auf den Mitgliedschaftsbeitrag für die Freischaffenden für das Geschäftsjahr 2020 zu verzichten. Das ist leider nur etwas Kleines und Symbolisches was wir für unsere freischaffende Mitglieder der SMV Sektion SG tun konnten.

Ab Oktober 2020 wurden die Konzerte der Sinfonieorchester St.Gallen Live-gestreamt. Da die Zuschauerzahl zuerst beschränkt war und man danach gar nicht mehr vor Publikum spielen durfte, war Live-Streaming die einzige Möglichkeit, den Beruf weiter auszuüben. Nach Rücksprache mit der Schweizerische Interpretengenossenschaft, die für Leistungsschutzrechte zuständig ist, findet der SV in Ordnung, wenn das Orchester seine Aufführungsrechte in diese Ausnahmesituation unentgeltlich zur Verfügung stellt.

Nun schliesse ich diesen Jahresbericht in der Hoffnung, dass wir aus diesem turbulenten Jahr nicht nur die Absagen und die schwierigen Momente in Erinnerung behalten. Die Gewissheit, dass aus Krisen immer auch neue Chancen entstehen können, soll uns Mut machen.

Armen Ghazaryan, Präsident SMV-Sektion St.Gallen

SEV – Gewerkschaft des Verkehrspersonals

Die Covid-19-Pandemiekrise forderte im 2020 auch die Angestellten im öffentlichen Verkehr und löste Ängste und Unsicherheiten aus. Systemrelevante Berufsgruppen wie die Buschauffeure oder das Lokpersonal mussten, auch während des Notstandes, den reduzierten Betrieb aufrechterhalten. Dabei war die Gewerkschaft SEV gefordert, mit den Arbeitgebern nach Lösungen zu suchen, wie diese Kolleginnen und Kollegen bestmöglich vor einer Ansteckung geschützt werden konnten. Die Krise zeigte jedoch auch, wie wichtig ein guter Gesamtarbeitsvertrag (GAV) bzw. Firmenarbeitsvertrag (FAV) für die Arbeitnehmenden ist. Denn dieser ist auch in ausserordentlichen Situationen einzuhalten oder es müssen, bei absolutem Bedarf, temporäre Abweichungen mit den Sozialpartnern verhandelt werden.

Das Herunterfahren mit dem Lockdown im Frühjahr hatte viele Ängste und Unsicherheiten ausgelöst. Die Situation war für die Arbeitnehmer wie auch für die Arbeitgeber neu und hatte alle sehr gefordert. Durch die Pandemie war es dem SEV (Gewerkschaft des Verkehrspersonals) nur situativ möglich zu der Mitgliedschaft zu gehen und die Probleme vor Ort zu diskutieren. Die Gewerkschaftsarbeit hat sich zeitweise, nur in digitaler Weise abgehalten.

Die Situation des Mangels an Lokpersonal konnte im 2020 nicht massgeblich verbessert werden. Der Personalbestand ist bei einigen Unternehmen immer noch sehr knapp bemessen und das Rekrutieren ist durch die Pandemie eine noch grössere Herausforderung geworden, als vor Corona. Die Idee, Personal aus dem Bereich der Flugbranche zu gewinnen hat nur wenig Interesse geweckt und ist auch keine Lösung um den Unterbestand langfristig zu beheben. Es wären von den wenigen Interessenten nur zeitlich beschränkte Wechsel

vorgesehen um zu einem späteren Zeitpunkt wieder zurück zu kehren. Die Ausbildung ist für solche Möglichkeiten jedoch zu intensiv und teuer.

In der Ostschweiz waren viele Grenzgänger und Unternehmen durch die Schliessung der Grenzen mit neuen Herausforderungen konfrontiert gewesen. Besonders die Grenzgänger mit Wochenaufenthalt in der Schweiz haben an den verlängerten Wochenenden an den Feiertagen im Frühjahr 2020 Probleme mit den deutschen Zollbeamten bekommen. Einigen wurden trotz einer Arbeitsbestätigung des Unternehmens mit Bussen oder sogar Haft gedroht. Der SEV wurde nach einigen, verständlichen Startschwierigkeiten in den Geschäftsleitungen, von fast allen Unternehmen in den Prozess der Pandemiemassnahmen einbezogen und der Austausch über situative Entscheide funktionierte sehr gut. Einzig die SBS AG (Schweizerische Bodensee Schifffahrt), welche die Sozialpartnerschaft strikt ablehnt, hat auf das Angebot eines Austausches der Erfahrungen verzichtet und auf schriftliche Anfragen nicht reagiert. Erstaunlich war, dass nach dem Lockdown, das Hochfahren bei der Gewerkschaft genauso viele Fragen ausgelöst hat, wie das herunterfahren! Besonders die Mitarbeitenden mit Risiko bei einer Ansteckung waren wegen der noch nicht eingeführten Maskenpflicht verunsichert ob und wann sie wieder Arbeiten gehen sollen. Die schlussendlich vom Bundesrat verordnete generelle Maskenpflicht im ÖV hat diese Bedenken mehrheitlich abgefedert.

Die Unsicherheit der Kurzarbeitsentschädigung für den ÖV war bis in den Herbst 2020 ein grosses Thema. Besonders weil das BAV (Bundesamt für Verkehr) und das SECO sich nicht einig waren! Erfreulicherweise haben fast alle ÖV-Unternehmen in der Ostschweiz weiterhin 100% des Lohnes bezahlen können. Nur bei der URh (Untersee und Rhein Schifffahrt) welche letztendlich doch noch Kurzarbeitsentschädigung beantragen konnte, hatte keine Mittel die Löhne voll auszugleichen. Die URh ist rein vom Tourismus abhängig, welcher massiv eingebrochen ist. Auch längerfristig ist fraglich, wann der Tourismus wieder anziehen wird und die Wochenendausflügler eine Fahrt auf dem Rhein geniessen werden.

Durch die Systemrelevanz des fahrenden Personals auf den Zügen und dem verordneten, ausgedünnten Fahrplan, haben viele Kolleginnen und Kollegen auf den Zügen die Sollarbeitszeit nicht erarbeiten können und sind zum Teil massiv in den Minusbereich bei der Arbeitszeit gefallen. Auch bei diesem Thema haben der SEV und die Unternehmen verschiedene Lösungen gesucht und schlussendlich auch gefunden.

Die Situation der Pensionskassen ist in dieser finanziell angespannten Lage ebenfalls ein grosses Thema. Die Abfederungsmassnahmen, um grosse Einbussen beim Ruhestand zu verhindern, hat viele Diskussionen ausgelöst. Es wurden jedoch gute Kompromisse erarbeitet. Bei diesem Thema ist jedoch die demographische Situation der Bevölkerung auch ein Teil des Problems welches uns noch lange nach Corona begleiten wird.

Claude Meier, Gewerkschaftssekretär SEV

Syndicom Sektion Ostschweiz

Wieder liegt ein Jahr hinter uns.

Geprägt war das Jahr 2020 von der Pandemie COVID 19. Dies brachte für Arbeitnehmer und Gewerkschaften viele Herausforderungen. Einhaltung von Schutzmassnahmen, massiv gestiegene Packetmengen, Kürzung des Fahrplanes von Postauto, um nur einige zu nennen.

Trotz allem gibt es auch Erfreuliches zu berichten. Der Gesamtarbeitsvertrag von Post CH AG und PostFinance AG konnten erfolgreich und mit einigen Verbesserungen abgeschlossen werden. Diese Verträge sind am 01.01.2021 in Kraft getreten.

Anders sieht es leider bei **PostAuto AG** aus. Dort wurden die Verhandlungen einseitig von PostAuto AG abgebrochen. Hier steht eine Vertragsverlängerung um ein Jahr und ein Neubeginn der Verhandlungen in Aussicht.

PostFinance hat sich vom Standort St. Gallen, Oberstrasse 153, vollständig zurückgezogen. Die ca. 70 verbliebenen Mitarbeiter*innen sind im Juli 2020 an die Fürstenlandstrasse umgezogen. Entscheidend wie PostFinance weiterhin auf dem Markt agieren kann, wird der Bundesratsentscheid zur Kreditvergabe sein.

Die **Post Schweiz AG** ist weiterhin mit Optimierungs- und Umbaumaassnahmen beschäftigt. So werden die Bereiche PostLogistics und PostMail nach 17 Jahren wieder zu einer Einheit zusammengeführt. Zukünftig wird die neue Einheit Logistik-Services AG heissen. Was dies für die Mitarbeiter bedeutet ist noch nicht abzusehen. syndicom wird den Prozess aktiv begleiten und ein wachsames Auge auf die Arbeitsbedingungen haben.

Der Bereich PostNetz mit seinen noch vorhandenen Poststellen soll in eine eigene AG überführt und rentabler werden. Auch hier sind wir gespannt und verfolgen die Umsetzung wachsam.

Der neu abgeschlossene Gesamtarbeitsvertrag behält in beiden Organisationseinheiten seine Gültigkeit.

So schnell werden wir das Jahr 2020 definitiv nicht vergessen! Einschneidende Massnahmen haben unser Privat und Berufsleben ordentlich durchgewirbelt, und die Arbeitswelt nachhaltig geändert. Home Office wurde innert kürzester Zeit landesweit eingeführt und plötzlich war dies in grossem Umfang möglich. Was viele Arbeitgeber ihren Angestellten zuvor kaum oder nur eingeschränkt erlauben wollten. Es ist wichtig, dass wir in Zukunft die neuen Arbeitsbedingungen im Home Office umfassend regeln, damit sie für alle Sozialpartner fair und verlässlich sind.

Im **Sektor ICT** konnten wir trotz Corona mit erfreulichen News ins Jahr 2020 starten. Die beiden Gesamtarbeitsverträge bei T-Systems und der Fulfillment Branche traten auf den 1. Januar 2020 in Kraft. Gleichzeitig wurde auch der Übergang von rund 1000 Mitarbeitenden von Swisscom CFS zur Cablex AG vollzogen. Damit wird Cablex AG zur Schweizer Nummer 1 im Bau von Netzinfrastrukturen und On-Site-Service mit über 2500 Mitarbeitenden. Wobei dies für die ehemaligen Swisscom Angestellten neue Arbeitsbedingungen zur Folge hat.

Nach dem gescheiterten Deal im letzten Jahr zwischen Sunrise und UPC, versuchen es die beiden Schweizer Telecom Anbieter dieses Jahr umgekehrt. UPC Besitzerin Liberty Global hat im August 2020 angekündigt Sunrise kaufen zu wollen. Der Zusammenschluss der beiden Firmen hätte einen Wert von rund 6.6 Milliarden Franken und soll zu einem stärkeren, konvergenteren Herausforderer führen.

In dieser turbulenten Zeit, konnte mit der Contact- und Callcenter Branche der Gesamtarbeitsvertrag neu verhandelt werden, welcher auf den 1. Januar 2021 in Kraft getreten ist. Die Verhandlungen fanden mitten in der Coronavirus-Krise in einem konstruktiven Umfeld statt mit dem gemeinsamen Ziel, dass fortschrittliche Arbeitsbedingungen die Attraktivität der ganzen Branche steigern sollen. Der neue Gesamtarbeitsvertrag verbessert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, indem er den Vaterschaftsurlaub auf zwei Wochen und den Mutterschaftsurlaub auf 16 Wochen erhöht. Weiter wurde eine grundsätzliche Regelung von

Homeoffice vereinbart. Mit dem neuen GAV, der per 1. Januar 2021 durch den Bundesrat erneut als allgemeinverbindlich erklärt wurde, werden die Kontrollen der Lohn- und Arbeitsbedingungen zusätzlich verstärkt.

Somit überwiegen trotz Corona Krise Erfolge, auf die wir stolz sein können. Dies ist uns nur dank einer starken Mitgliedschaft gelungen. Damit dies so bleibt, müssen wir auch im Jahr 2021 am Ball bleiben.

Somit stehen wir im Jahr 2021 wieder einmal vor grossen Herausforderungen.

Während des gesamten Jahres 2020 konnten wir in der Sektion Ostschweiz wegen Corona nur Videositzungen abhalten und diese auch nur reduziert. So haben wir uns drei Mal zu erweiterten Vorstandssitzungen vor dem Bildschirm getroffen. Die einzelnen Sektoren haben ihre Geschäfte in vier Sitzungen und einer Klausurtagung behandelt. Dies auch nur per Videokonferenz.

Wie immer haben wir uns bei den regionalen Gewerkschaftsbünden engagiert, mitgetragen und uns für Initiativen und Kampagnen der Arbeitnehmerschaft eingesetzt.

Einen grossen Dank geht an den gesamten Vorstand der Sektion Ostschweiz. Ohne seinen unermüdlichen Einsatz wäre es nicht möglich, diese Sektion am Leben zu erhalten.

Nicht zu vergessen sind unsere Pensionierten-Organisationen, die unsere Sektion beleben und aktiv unterstützen. Auch ihnen ein grosses Dankeschön!

Der gesamte Vorstand wird sich auch im neuen Geschäftsjahr vollumfänglich den anfallenden Herausforderungen stellen. Die Interessen der Sektion und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vertreten, sei es in den verschiedenen Firmenvorständen, Fachkommissionen, Personalvertretungen, GAV und Lohnverhandlungsdelegationen.

Herbert Jochum, Präsident syndicom Sektion Ostschweiz



Unia Säntis-Bodensee

Sektor Bau

Im Sektor Bau startete das Jahr 2020 gleich turbulent. Bei der Firma Marty Bauunternehmungen AG, die im Jahr 2019 von Patrick Manser übernommen worden war, kam es zu einer Massenentlassung. Hier konnten wir einen grossen Teil der ehemaligen Belegschaft organisieren und eine starke Demonstration durch Arbon durchführen. Auch medial war dies ein starker Start ins Jahr 2020. Den ehemaligen Mitarbeitern boten wir unbürokratisch Hilfe zur Selbsthilfe an. Patrick Manser wurde später gebüsst, konnte aber grösseren Schwierigkeiten ausweichen, indem er noch schnell das Konkursverfahren einleitete.

Über das ganze Jahr begleitete uns bekanntlich die Coronavirus-Pandemie. Im Sektor Bau waren unsere Sekretär*innen verstärkt auf den Baustellen unterwegs und wiesen

Arbeitnehmer auf nicht eingehaltene Hygiene- und Gesundheitsschutzmassnahmen hin. Im Thurgau und beiden Appenzell konnten wir hier vertrauensvoll mit dem AWA zusammenarbeiten. Im Kanton St. Gallen gestaltete sich die Zusammenarbeit öfters recht schwierig.

Sektor Gewerbe

Noch im Februar bekamen wir es mit dem nächsten Konkursverfahren zu tun. Die Swisswindos AG in Steinach schloss ihre Tore und beendete die Produktion. Hier waren wir vor Ort, um der Belegschaft wiederum unbürokratische Hilfe anzubieten. Dies wurde gut angenommen und auch hier konnten wir einige neue Mitglieder organisieren. Gerade bei dem Gewerbe auf den Baustellen stellte sich die Lage bzgl. der Pandemie gleich dem Sektor Bau dar. Aber nach hartnäckigem und entschiedenem Intervenieren besserten sich auch hier die Bedingungen.

Sektor Tertiär

Im Tertiär standen wir aufgrund der Pandemie vor grossen Herausforderungen. Unsere Sekretär*innen legten bei ihrem Aussendienst grosses Augenmerk auf die Einhaltung der Vorgaben in den Geschäften. Auch hier kam es vor allem zu Anfang der Pandemie öfters zu Verstössen, die weiter gemeldet wurden. Eine weitere Besonderheit war hier, dass des Öfteren Personal im Verkauf durch Kunden gefährdet wurde.

Weitere Schwerpunkte unserer Aktivitäten im Tertiär stellten die Coop-Umfrage und das Pflegeprojekt dar. Die Coop-Umfrage verlief äusserst erfolgreich, was vor allem dem Engagement unserer Sekretär*innen und unseren Mitgliedern zu verdanken ist.

Es kam viel Bewegung ins Pflegeprojekt, nicht wie bereits erwähnt nur durch die Pandemie, sondern durch das Pflegebündnis, im Rahmen dessen wir gemeinsame Aktionen mit dem SBK, VPOD und Syna durchführten. Mit einer Menschenkette in Frauenfeld wurde auf die Missstände in der Pflege hingewiesen und zum Aktionstag konnten wir im Schwarzen Engel eine gute Diskussionsveranstaltung zu den Arbeitsbedingungen in der Pflege durchführen.



Sektor Industrie

Das grosse Thema in der Industrie war im Jahr 2020 die Kurzarbeit. Zu Anfang der Pandemie häuften sich die Anfragen. Nachdem sich die Turbulenzen gelegt hatten wurden Probleme sicher ausgeräumt und viele Firmen stocken sogar Kurzarbeiterentschädigungen auf 100% des üblichen Lohnes auf.

Nach einer Phase der Neuausrichtung werden wir uns auf die Lebensmittelindustrie konzentrieren, nicht ohne die anderen Branchen fallen zu lassen.

Interessengruppen

Auch im Jahr 2020 waren wir am Weltfrauentag präsent und beteiligten ebenso am Frauenstreik. So konnte gezeigt werden, dass der Frauenstreik 2019 keine Eintagsfliege war und trotz erswerter Bedingungen konnte eine kraftvolle Kundgebung stattfinden.

Wir konnten zur Verhinderung der Kündigungsinitiative ca. 3000 Postkarten versenden. Das wäre ohne die Tatkräftige Unterstützung der Interessengruppen und unserer Milizer nicht möglich gewesen.

Danijela Dragicevic, Sektionsleiterin Säntis - Bodensee

Unia Rhätia-Linth

Zum Start des Jahres 2020 sah für uns als Gewerkschaft Unia noch alles recht normal aus.

Wir bereiteten uns auf die Unterschriftensammlungen und Petitionen bei Coop zur Vorbereitung des neuen GAV vor.

Wir waren daran die bereits seit längerem gut etablierten Sprachkurse im Gastgewerbe in den Gebieten rund um Davos und St. Moritz zu gestalten.

Politisch standen die Vorbereitungen für die AHV 13+, die Planungen für die Lohndemo im Herbst, die Kampagne zum Zeitdruck auf dem Bau und die Pflegekampagne im Vordergrund.

Innergewerkschaftlich mussten wir uns auf die bevorstehende Pensionierung unseres engagierten Sektionsleiters Arno Russi zum Ende des Jahres vorbereiten und die zukünftige Arbeit in der Sektion damit neu organisieren. Mitten in der Vorbereitung und Umsetzung traf uns dann alle die Pandemie mit dem bald folgenden Lockdown.

Unser gewerkschaftliches Engagement musste schnell neu organisiert werden. Die Unia Region Ostschweiz-Graubünden organisierte umgehend intern den Schutz der eigenen Mitarbeitenden und gegen extern starteten wir sofort eine Coronahotline, bei der sich Mitglieder und auch Nichtmitglieder Rat und Hilfe in dieser für Alle neuen Situation holen konnten. Diese wurde und wird sehr gut angenommen. Viele Arbeitnehmende haben durch dieses Hilfsangebot den Weg zur gewerkschaftlichen Organisation gefunden und den Sinn und Zweck einer gewerkschaftlichen Organisation am eigenen Leib erfahren.

Dennoch haben wir auch 2020 engagiert den internationalen Tag der Frauen in den Fokus gerückt, gerade in der Pflege und im Detailhandel.

Während des Lockdowns erzielte die Unia eine hohe Präsenz auf den Baustellen. Vielfach mussten wir feststellen, dass Arbeitgebern der Ernst der Lage nicht bewusst war. Oftmals mangelte es an sanitären Anlagen, Desinfektionsmöglichkeiten und ausreichend Abstand in den Baracken und Fahrzeugen. Im Gegensatz zu anderen Kantonen war die Zusammenarbeit in Graubünden von gegenseitiger Unterstützung geprägt und die Kontrollen wurden ausgeweitet.

Wir danken allen Frauen, die sich gemeinsam mit dem Frauenkollektiv auch im 2020 für die Rechte der Frauen stark gemacht haben und zeigten, dass 2019 in Graubünden keine Eintagsfliege war.

Auch wir als Unia Sektion konnten in unserer gewerkschaftlichen Arbeit unseren Vorstand mit Frauenpower verstärken. Seit Jahresmitte ist Janine Gebert nun Vizepräsidentin der Sektion Rhätia-Linth.

Ab September 2020 übernahm dann Angela Thiele die Koordination der Sektion Rhätia-Linth gemeinsam mit dem Vorstand der Sektion. Es galt von Arno Russi Abschied zu nehmen. Wir danken ihm herzlich für sein grosses gewerkschaftliches Engagement und freuen uns, dass er uns zukünftig als gewerkschaftlicher Vertrauensmann weiter zur Verfügung steht.

Der September 2020 schlug in der Sektion wie eine Bombe ein; der grosse Beerenproduzent Beiner&Berther präsentierte sich als Sklaventreiber in Sachen Arbeits- und Lebensbedingungen seiner fast 200 Erntehelfer aus dem Süden Europas. Mit einer grossen Aktion vor den Toren des Betriebes und mit viel Unterstützung der Betroffenen ist es gelungen, die Machenschaften aufzudecken. Der Antrag auf Überprüfung durch die Tripartite Kommission

Graubünden wurde umgehend gestellt. Die Unia wird alles dafür tun, dass der anstehende neue NAV Landwirtschaft in Zukunft Mindestlöhne und Mindeststandards für Unterkünfte beinhaltet, wie es in anderen Kantonen bereits üblich ist.

Die SVP Kündigungsinitiative konnte durch das grosse gewerkschaftliche Engagement zu Grabe getragen werden. Mit einer eindrücklichen 3'000er Postkartenaktionen unserer Mitglieder an Kolleg*innen und Familien konnten eine hohe Mobilisierung zu einem Nein auch in Graubünden erreicht werden.

Die Unia Rhätia-Linth startet in das Jahr 2021 mit einem gut aufgestellten Milizkader. Intern wird Angela Thiele sich ab Januar 2021 vermehrt ihrer fachlichen Führung im Sektor Tertiär widmen. Der Sektionsvorstand wird künftig direkt durch die Regioleiterin Anke Gähme unterstützt.

So stärken wir die Arbeit auf dem Terrain, sind nah am Puls der Zeit und bei unseren Mitgliedern.

Im GGR werden wir gemeinsam mit unseren Partner*innen die gewerkschaftspolitische Arbeit in Graubünden weiter vorantreiben.

Otto Brunner
Präsident

Janine Gebert
Vizepräsidentin

Anke Gähme
Regioleiterin OSGR

VPOD Ostschweiz

Covid-19

In allen Berufsbereichen des VPOD Ostschweiz hatte uns Covid-19 das letzte Jahr voll im Griff. Sei es bei den vbsg, den Lehrpersonen, dem Gesundheitspersonal, den Verwaltungsangestellten oder den SozialarbeiterInnen, überall wurde versucht, die Gesetze zu umgehen. Vor allem mit Minuszeiten, Annahmeverzug, Zwangsferien und ungenügenden Schutzmassnahmen hatten wir zu tun.

Die Entscheide und Massnahmen änderten sich zum Teil wöchentlich, es war eine grosse Herausforderung, ständig aktuell informiert zu sein und richtig reagieren zu können.

«Gymnasium der Zukunft»

Bereits 2018 wurde das Projekt «Gymnasium der Zukunft (GdZ)» im Kanton St. Gallen in die Wege geleitet. Unter der Leitung des AMS (Amt für Mittelschulen), machten sich drei Projektgruppen Gedanken, wie das zukünftige Gymnasium aussehen soll, um für die Zukunft gewappnet zu sein. Auch auf nationaler Stufe soll das in die Jahre gekommene MAR (Matura-Anerkennungsreglement) aus dem Jahr 1995 durch die EDK (Erziehungsdirektorenkonferenz) einer Renovation unterzogen werden. Eine Teilrevision wurde bereits 2007 vorgenommen, vor allem mit einer Stärkung der Naturwissenschaftlichen Fächer.

Die erweiterte Koordinationskonferenz (KoKo), die aus dem Lenkungsausschuss, den Rektorinnen und Rektoren, den Teilprojektleitenden und der Präsidentin der Pädagogischen Kommission Mittelschulen besteht, hat verschiedene Modelle über die künftige Struktur des Gymnasiums diskutiert. Diese basierten auf den Vorgaben des Bildungsrates zu den erwähnten Bildungszielen und den vertieften Zieldefinitionen, und berücksichtigten die in den drei Teilprojekten geleistete Arbeit sowie die Ergebnisse der Anhörung der lokalen Fachgruppen,

bzw. der Befragung der Schülerinnen und Schüler im Frühling 2020. Aufgrund von verschiedenen Rückmeldungen ist bekannt, dass insbesondere der Entscheid über den Zeitpunkt, an dem das Schwerpunktfach einsetzt, von grossem Interesse ist. Wir bleiben aktiv in den meinungsbildenden Gremien dabei.

Task Force

Im letzten Jahr (auch jetzt noch) waren wir auch stark beschäftigt mit der Umsetzung der Covid-Verordnungen und Schutzkonzepten in den Schulen. Wir arbeiteten in der Covid-Task Force des Bildungsdepartementes mit und konnten dort unsere Haltung darlegen.

IT- Bildungsoffensive

Neben vielen anderen Gremien, sind wir auch im Begleitausschuss der IT-Bildungsoffensive aktiv. Sie ist eine Investition in die Ausbildung der LP, nicht in die Hardware. Es wird eine sehr individuell zugeschnittene Weiterbildung geben. Die Schulleitungen erhalten eine grosse Kompetenz. Es wurden viele Ideen von uns abgeholt. Unserer Meinung nach steht und fällt der Erfolg des Projektes damit, ob es gelingt, alle mit ins Boot zu holen und allen aufzuzeigen, dass dies eine tolle Sache ist, die jeder einzelnen LP wirklich hilft und Erleichterung bringt. Das Projekt ist gut aufgegleist.

Trotzphase

Die „Trotzphase“ ist beim VPOD Zürich eine starke Bewegung von Fachmännern und -frauen der Kinderbetreuung (FaBeK bzw. Kindererziehung HF), mit dem Ziel, auf die Probleme in der professionellen Fremdbetreuung, wie zum Beispiel fehlende öffentliche Wertschätzung, schlechte Arbeitsbedingungen, ungenügende finanzielle Mittel etc., hinzuweisen. Unsere Fachgruppe Soziales ist dabei, auch in der Ostschweiz eine Kita-Gruppe zu organisieren.

Gesundheit

Die Fachgruppe Gesundheit setzt sich aktuell aus verschiedensten Berufen der Gesundheitsbranche zusammen. Zum einen wird die Pflege durch diverse Fachbereiche, wie OP, Psychiatrie, Ausbildung sowie Akut- und Langzeitpflege repräsentiert, zum anderen befinden sich darin auch Berufsgruppen wie IT und der ärztliche Bereich. Diese Vielfalt bietet sowohl ein grosses Spektrum an Themen als auch die diversen Perspektiven der einzelnen Fachbereiche, welche so abgedeckt werden können.

«Arbeitszeit ist Umkleidezeit»

Die Kampagne «Arbeitszeit ist Umkleidezeit» ist erfreulicherweise in grossen Teilen umgesetzt, bedarf jedoch eines engmaschigen Monitorings. Wir bleiben diesbezüglich an der Begleitung der Kampagne und deren Umsetzung dran. Einige Mitglieder haben sich entschlossen, rückwirkend die letzten 5 Jahre einzuklagen. Wir haben denselben Anwalt, der die Klagen des VPOD Zürich aktuell durchführt, dafür mandatiert.

Aktionswoche Gesundheit

Wir haben im Frühling, während der 1. Covid-19 Welle, haufenweise Anfragen des Gesundheitspersonals erhalten. Die Arbeitsbedingungen wurden vom Bundesrat ausser Kraft gesetzt, Schutzbestimmungen wurden aber keine erlassen. Das Gesundheitspersonal sah sich einer sehr ungewissen Situation ausgesetzt. Viele wurden ins Minus geplant oder in Zwangsferien geschickt, andere arbeiteten in 12- Stunden Schichten. Es hatte zu wenig oder ungenügendes Schutzmaterial, man wusste nicht, wer als RisikopatientIn wie genau geschützt werden muss und vieles mehr. Das Personal hatte grosse Angst, arbeitete aber trotzdem mit vollem Einsatz bis zum Umfallen.



Wir haben begonnen, uns mit anderen Gewerkschaften und Verbänden regelmässig zu treffen. Ein Glücksfall, als wir erfuhren, dass national eine Aktionswoche mit den gleichen Inhalten geplant war, und zwar mit einem neu gegründeten Gesundheitsbündnis. Immer mehr Verbände und Gewerkschaften nahmen an unseren regelmässigen Treffen in der Hauptpost St.Gallen teil. Ein schönes Gefühl, denn schnell wurde klar, dass wir alle ähnliche oder gleiche Themen haben. Corona bedingt bereiteten wir nicht riesige Demonstrationen vor, sondern konzentrierten uns auf kleinere Akti-

onen. National wurde alles koordiniert und begleitet und zu einer Schlusskundgebung auf dem Bundeshausplatz, am Samstag, 31.10. 2020 aufgerufen. Auch dies, Corona bedingt, nicht mit tausenden von Menschen, sondern geplant. Jede Gewerkschaft, jeder Verband erhielt ein Kontingent an Plätzen auf dem Platz, das er auf die verschiedenen Regionen aufteilte. So hatten wir vom vpod ostschweiz beispielsweise 5 Plätze auf dem Bundeshausplatz zur Verfügung. Regional organisierten wir eine Menschenkette in Frauenfeld und eine in St.Gallen. Es war nicht einfach, da ständig neue Verschärfungen vom Bund und dem Kanton verkündet wurden. Es war eine rollende, spontane Planung. Oft wussten wir erst am Tag selbst, was nun wirklich erlaubt ist. Natürlich gab es im Vorfeld auch immer wieder kritische Stimmen. Eine Menschenkette organisieren, gerade jetzt, und dann noch mit dem Gesundheitspersonal? Unser Schutzkonzept war sehr ausgeklügelt und gerade deshalb eine Herausforderung. Aber uns war klar: Wann, wenn nicht jetzt?!

Die ArbeitgeberInnen und die Politik hätten nun ihre Lehren aus der 1. Welle gezogen haben müssen. Es hätte nicht wieder eine solche Situation für das Gesundheitspersonal eintreten dürfen! Es hätte gelernt werden müssen, dass es in dieser Krise um Kooperation und Koordination statt um Konkurrenzdenken geht. Und, dass es einen vollen Schutz des Personals anstelle von Aufhebung der ArbeitnehmerInnenrechte braucht. Doch es passierte in der 2. Welle das Gegenteil: Die Quarantäneregeln wurden aufgehoben, es musste sogar positiv getestetes Gesundheitspersonal arbeiten gehen.

Doch die Missstände im Gesundheitsbereich sind nicht erst seit Corona akut. Der Fachkräftemangel in der Pflege, im Gesundheitswesen allgemein, ist riesig. ArbeitgeberInnen rufen ihre Mitarbeitenden aus den Ferien zurück, suchen händeringend Fachpersonal in Inseraten, rufen Berufsaussteigerinnen und -aussteiger dazu auf, wieder in den Beruf zurückzukehren. Das Personal in den Einrichtungen der Langzeitpflege, der Spitex, der Rehabilitation, der Psychiatrie und den Akutspitälern hat sich noch nicht von der ersten Welle erholt und steckt nun schon mitten in der 2. Viele berichten von Erschöpfung und Krankheit.

St.Galler Sonntagsverkauf und verlängerte Ladenöffnungszeiten

Mit einer städtischen Initiative und einer Motion im Stadtparlament sowie mit einer Anfrage im Kantonsrat kämpften wir zusammen mit anderen Gewerkschaften, Interessengruppen und Parteien gegen den Sonntagsverkauf und die verlängerten Ladenöffnungszeiten.

Als der St.Galler Stadtrat dies in der Innenstadt per Reglement und per sofort in Kraft gesetzt hat, waren wir entrüstet und kündigten rechtliche sowie politische Schritte an; auch, weil das Reglement ohne vorherige Diskussion mit der Seite der Arbeitnehmenden geändert wurde. Dieses undemokratische Vorgehen muss gestoppt und das Verkaufspersonal – mehrheitlich schlecht bezahlte Frauen – geschützt werden.

Der Gewerkschaftsbund hat mit weiteren Partnerinnen und Partnern eine Initiative lanciert, die den Sonntagsverkauf verbieten will. Mit will, dass die Kompetenz für Entscheide über

Ladenöffnungszeiten künftig dem Stadtrat entzogen wird. Neu müsste das Parlament entscheiden. Damit wären Schnellschüsse ohne vorangehende politische Diskussionen nicht mehr möglich. Die Initiative wurde im Januar mit über 1'400 Unterschriften eingereicht.

Im Übrigen stellten wir fest, dass die Gesamtarbeitsverträge der Grossverteiler Migros und Coop gar keine Sonntagsarbeit ermöglichen. Ausnahmen müssten deshalb vom Seco in Bern bewilligt werden. Wir fordern, dass endlich ein allgemein verbindlicher Gesamtarbeitsvertrag für das Verkaufspersonal geschaffen wird.

Eine Ribas-Vereinbarung mit den VBSG zieht sich leider in die Länge

Die VBSG möchte mit dem RIBAS-Fahrassistenten-System einen Beitrag zu einer ökologischeren Fahrweise leisten. Dazu läuft seit einiger Zeit ein Testbetrieb, der nun sukzessive betriebsweit ausgedehnt werden soll.

Dabei setzt die Anwendung des RIBAS-Systems aber voraus, dass der Datenschutz eingehalten und der Persönlichkeitsschutz der Mitarbeitenden so weit wie möglich gewahrt bleibt. Mit Artikel 26 ArGV 3 wird der bereits in Artikel 328 OR verankerte Persönlichkeitsschutz auch öffentlich-rechtlich verankert, was dem Ganzen einen zwingenden Charakter verleiht. Demnach sind keine abweichenden Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmenden zulässig. Überwachungs- oder Kontrollsysteme sind nur dann zulässig, wenn sie aus anderen Gründen (Sicherheits- oder Leistungsüberwachung) notwendig sind. Zudem hat das betroffene Personal ein Recht auf Mitwirkung bei der Gestaltung der Kontroll- und Überwachungssysteme und insbesondere auch einen Anspruch auf Aufklärung darüber, was mit den Daten geschieht, wer darauf unter welchen Bedingungen Zugriff hat und wie lange diese gespeichert werden.

Es ist so, dass bestimmte Daten (z.B. Fahrdaten) erfasst und auf polizeiliche Anweisung auch ausgewertet werden können. Das Heranziehen von Daten zu MitarbeiterInnengesprächen ist jedoch gesetzeswidrig.

Es ist deshalb wichtig, dass vor der betriebsweiten Anwendung von RIBAS bei den vbsg in einem Reglement klar festgehalten wird, wann, welche Daten erfasst werden, wer darauf Zugriff hat und unter welchen Umständen diese verwendet sowie wie lange sie gespeichert werden. Das Reglement soll auch festhalten, für welche Zwecke die Daten nicht verwendet werden. Dazu hatten wir einige Treffen mit der Geschäftsleitung und dem Direktor der zuständigen Dienststelle.

Leider sind wir auf Unverständnis gestossen. Wir bleiben aber dran und wollen verhindern, dass die Daten zu den Mitarbeitendengesprächen beigezogen werden dürfen.

Alexandra Akeret, Regionalsekretärin VPOD Ostschweiz



Sekretariat

Vorstand / DV

Der Vorstand traf sich zu 3 Vorstandssitzungen und 3 Onlinesitzungen. Ein reger Austausch fand zur aktuellen Corona-Situation, zur Ladenöffnung, Homeoffice, Überwachung am Arbeitsplatz statt. 1. Mai, Frauen*- und Klimastreik, Schlichtungsstellen für Arbeitsverhältnisse statt. Abstimmungen, Referenden und Initiativen, Kantons- und Regierungsratswahlen sowie die Stadtrats- und Parlamentswahlen wurden traktandiert. Eine Diskussion über einen Kantonalen Klimafond wurde geführt. Die Mitteilungen aus den Verbänden sind unverzichtbar. Die Vorstandsmitglieder erhalten so einen guten Einblick über die Aktivitäten der andern Verbände.

Die Statutarische DV vom 19. Mai und die für 4. November vorgesehenen Delegiertenversammlungen mussten coronabedingt abgesagt werden.

Bündekonferenzen und DV des SGB

Es fanden 5 Treffen, davon 4 online, der Kantonalen Bünde statt. Thematisiert wurden die Kantonsfinanzen, Kantonale Mindestlöhne, Altersvorsorge und AHV-Initiative, 1. Mai und Abstimmungen. Der Austausch zu Corona und Einbezug der Sozialpartner, Arbeitsschutz und Kontrollen, Rechtssetzung, Härtefallentschädigungen wurde intensiv geführt.

Die Delegiertenversammlungen des SGB konnten coronabedingt nicht durchgeführt werden. Die statutarischen Geschäfte wurde schriftlicher Form durchgeführt.

Aktionen / Veranstaltungen

Es wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, welche sich dem Thema Überwachung am Arbeitsplatz widmet. Diese traf sich zu 4 Sitzungen und entschied eine Veranstaltung zum Thema zu organisieren. Dies findet am 20. April 2021 statt.

Auch im 2020 beteiligte sich der Gewerkschaftsbund an den Vorbereitungen für den Frauen*streik am 14. Juni. Eine Kerngruppe traf sich mehrmals online und organisierte den Sternenmarsch mit Fest und Kundgebung im Stadtpark St.Gallen. Trotz Corona kamen mehr als 300 in den Stadtpark an das bunte Fest. Mit starken Reden wurde aufgezeigt, dass wir immer noch weit weg von der Gleichstellung sind. Mehr Lohn, mehr Zeit, mehr Respekt – jetzt erst recht!

Die Demo zum Weltfriedenstag wurde unterstützt.

Ende Oktober fand eine Protestwoche des Gesundheitspersonals statt. Die SANTÉ PUBLIQUE Aktion in St.Gallen wurde vom Gewerkschaftsbund unterstützt.

1. Mai 2020 in St.Gallen

Alles war für den 1. Mai vorbereitet. Ein tolles Fest mit Demo, Kundgebung und Konzerten war geplant. Alles abgesagt, stattdessen konnte alles zum 1. Mai nur online stattfinden. 5 Videobotschaften von Barbara Gysi, Präsidentin, Andrea Hornstein, PFG, Florian Kobler, Unia, Timo Räbsamen, JUSO und Bettina Surber, Vize-Präsidentin und Präsidentin Kantonsratsfraktion SP wurden via Facebook und über die SGB-Plattform verbreitet.

Initiativen, Referenden, Abstimmungen

Der Gewerkschaftsbund sammelte Unterschriften für die Initiative für eine 13. AHV-Rente. Unterstützt wurde das Referendum gegen den Finanzierungsbeschluss 25.20.02, für den Erhalt des Spital Wattwil. Auf städtischer Ebene wurde eine Initiative: Kein Sonntagsverkauf in der Stadt St.Gallen mitlanciert.

Abstimmungen:

-Februar: Einer Erweiterung der Anti-Rassismusstrafnorm um das Kriterium der gegen die Homophobie wurde von den Stimmberechtigten mit grosse Zustimmung angenommen.

Volksinitiative für **mehr bezahlbare Wohnungen** wurde vom Volk abgelehnt. Wie sehr das Problem der hohen Mieten weiten Kreisen der Bevölkerung unter den Nägeln brennt, macht aber die hohe Zustimmung deutlich.

-September: Das **Nein zur Kündigungsinitiative** ist ein klares Ja zum bewährten bilateralen Weg, konkret: zur Personenfreizügigkeit mit einem starken Lohnschutz. Die Stimmberechtigten stimmten einem 2-wöchigen **Vaterschaftsurlaub** zu, dies ist erst ein Anfang. Das Nein zum Steuerabzug für die Kinderbetreuung war deutlich, von diesem «Steuerbschiss» hätten nur Reiche profitiert.

-November: **Konzernverantwortungs-Initiative**: Die Initiative wurde angenommen, scheiterte aber am Ständemehr. Das kantonale Gesetz Beiträge für familien- und schulergänzende Kinderbetreuung wurde angenommen.

Wahlen

Kantons- und Regierungsratswahlen: Es wurde ein Flyer zur Unterstützung der gewerkschaftlichen Kandidierenden kreiert. Dieser wurde den Mitglieder der Einzelgewerkschaften zugestellt. Zudem machten wir, mit 3 kleinen Filmen, digital Werbung und verbreiteten unsere Wahlempfehlung auf FB. Die Zahl der gewerkschaftlichen Kantonsrätinnen und Kantonsräte ist gleichgeblieben. Neu im Kantonsrat ist Peter Hüppi, SEV, Peter Jans, VPOD und Maria Pappa, AvenirSocial vertreten.

Regierungsratswahlen: Fredy Fässler wurde im 1. Wahlgang wiedergewählt. Neu in der Regierung vertreten ist Laura Bucher, sie hat auch im 2. Wahlgang überzeugt, wurde gutem Resultat gewählt.

Parlaments- und Stadtrats- und Stadtpräsidiumswahlen: In Wil und in St.Gallen wurden die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zur Wahl empfohlen: Peter Jans und Maria Pappa schafften die Wiederwahl in den Stadtrat mit ausgezeichneten Ergebnissen, ebenso Dario Sulzer in Wil. Paria Papa schaffte es als 1. Frau an die Spitze der Stadt St.Gallen, im 2. Wahlgang wurde sie zur Stadtpräsidentin gewählt. Ein Gewerkschafter als Stadtpräsident, wäre in Wil eine Sensation gewesen, leider wurde Dario Sulzer nicht gewählt.

Medienmitteilungen

- 17. Februar: Massenentlassung bei der Marty Bauunternehmung AG
- 3. März: NAV Hauswirtschaft, 24-Stunden-Pflege besser regeln
- 26. März: Keine Kundgebung am 1. Mai
- 7. April: Am 19. April im zweiten Wahlgang: Laura Bucher wählen, für einen starken öffentlichen Dienst, sichere Löhne und Renten!
- 28. April: 1. Mai: Solidarität! Jetzt erst recht!
- 14. Mai: ChallengeForFuture
- 28. Mai: Skandalöse Erweiterung der Ladenöffnungszeiten auf Kosten der Arbeitnehmenden
- 11. Juni: Gewerkschaften verlangen umgehend mehr Lohnkontrollen
- 11. November: Am 29. November: Ja zu den Beiträgen an die familien- und schulergänzende Kinderbetreuung
- 10. Dezember: Regierung vernachlässigt Pflicht zur Bekämpfung von Covid19

Vernehmlassungen

- NAV Hauswirtschaft
- NAV Landwirtschaft

Austausch / Treffen / Diverses

Das jährliche Treffen mit dem Volkswirtschaftsdepartement fand im Februar statt. Im August trafen sich Vertreterinnen des Gewerkschaftsbund mit dem neuen Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartement, Regierungsrat Beat Tinner, zu einem Antrittsgespräch. Erstmals lud das

Volkswirtschaftsdepartement im Dezember zu einem Wirtschaftsgipfel ein. Es fand ein Austausch zur Situation im Kanton, der Härtefallentschädigung und den Coronamassnahmen statt.

Mit der Vorsteherin des Departement des Innern, Regierungsrätin Laura Bucher, fand im Oktober ein informeller Austausch zu Themen wie: Lohngleichheit, Gleichstellung, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, KITA und Care-Arbeit statt.

Rechtsauskunft

Es ist eine leichte Zunahme der Rechtsauskünfte festzustellen. Offene Lohnansprüche, Ferienanspruch, Auflösung der Lehrstelle aber auch Konkurs und Zahlung der Kinder- und Ausbildungszulagen waren nur einige der Anliegen. Gegen Ende des Jahres kamen auch viele Anfragen betr. Quarantäne und wie dies Entschädigt wird. Ein Grossteil der Ratsuchenden wohnt oder arbeitet in der Stadt St.Gallen.

IGR

Es fand ein Treffen im Juni statt. Auf eine Pressetour wurde verzichtet.

Irene Haag-Nessensohn, geschäftsführende Sekretärin



**Feministische Aktionstage 12./13.14. Juni
Informationen unter:**

<https://www.frauenstreik-sg.ch>

Arbeitslosigkeit im Kanton St.Gallen

Ganzarbeitslose / Stellensuchende

	2020	2019	2018	2017	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009	2008
Januar	10'407	10242	10750	11939	12094	10800	11305	11004	10184	11112	13612	9649	7657
Februar	10'414	10224	10543	11693	12143	10917	11121	10952	10189	10834	13492	10367	7609
März	11'871	9903	10161	11436	11916	11080	10837	10651	9915	10381	13437	10947	7411
April	12'666	9679	9827	11012	11497	10910	10347	10310	9726	9294	13061	11272	7367
Mai	12'859	9483	9549	10752	11333	10603	9904	10078	9518	8936	12557	11439	7122
Juni	13'103	9213	9323	10609	11140	10678	9784	9891	9396	8707	12265	11868	7032
Juli	13'381	9253	9336	10608	11011	10768	9879	11144	9568	8595	11970	12234	7011
August	13'405	9256	9434	10524	11154	10919	9815	10009	9868	8773	11912	12618	6970
September	13'427	9376	9302	10363	11197	11079	9903	10055	9870	8848	11555	12804	7308
Oktober	13'605	9684	9599	10581	11401	11220	10022	10291	10144	9058	11264	12906	7558
November	13'968	9947	10053	10764	11710	11759	10367	10647	10457	9518	11379	13338	8241
Dezember	14'334	10372	10217	10985	11997	12061	10728	11091	10852	10054	11473	13768	9045

Quelle: Fachstelle für Statistik, Volkswirtschaftsdepartement des Kantons St.Gallen

Masszahlen der beruflichen Vorsorge

Merkmale	2021
	65 / 64 f.Frauen
Altersrente der AHV	
Minimale / Maximale einfache AHV-Altersrente (Jahresrente), in Fr.	14'340 / 28'680
Lohndaten	
Maximales rentenbildendes AHV-Alterseinkommen, in Fr.	86'040
Eintrittsschwelle, minimaler Jahreslohn	21'510
Koordinationsabzug gemäss Obligatorium BVG, in Fr.	25'095
Mini. / max. versicherter Jahreslohn nach BVG (koordinierter Lohn), in Fr.	3'585 / 60'945
Altersguthaben gemäss Obligatorium BVG	
BVG Mindestzinssatz	1 %
Min. AGH im BVG-Rücktrittsalter	21'154 / 21'824
in % des koordinierten Lohnes	590,1% / 608,8 %
Max. AGH im BVG-Rücktrittsalter	349'514/ 360'114
In % des koordinierten Lohnes	573,5% / 590,9%
Altersrenten gemäss Obligatorium BVG	
Renten-Umwandlungssatz in Prozenten der Altersguthaben im Rücktrittsalter 65/64	6,8% / 6,8%
Minimale Altersrente im BVG-Rücktrittsalter	1'438 / 1'484
in Prozenten des koordinierten Lohnes	40,1/ 41,4%
Minimale anw. jährliche Witwen-, Witwerrente	863 / 890
Minimale anw. jährliche Waisenrente	288 / 297
Maximale jährliche Altersrente im BVG Rücktrittsalter	23'767/ 24'488
-in Prozenten des koordinierten Lohnes	39 / 40,2%
Maximale anw. jährliche Witwen-, Witwerrente	14'260 / 14'693
Maximale anw. jährliche Waisenrente	4'753 / 4'898
Barauszahlung im Leistungsfall	
Unterer Grenzbetrag für Barauszahlungen,	21'100
Steuerfreier Grenzbetrag Säule 3a	
Oberer Grenzbetrag Säule 3a, mit 2. Säule	6'883
Oberer Grenzbetrag Säule 3a, ohne 2. Säule	34'416
Beitrag Sicherheitsfonds BVG	
Beitrag für die Zuschüsse bei ungünstiger Altersstruktur (Art. 15 SFV)	0,12%
Beitrag für die Insolvenzen und andere Leistungen (Art. 16 SFV)	0,005%
Maximaler Grenzlohn für die Sicherstellung der Leistungen	129'060
Versicherung arbeitsloser Personen im BVG	
Eintrittsschwelle; minimaler Tageslohn	82.60
Koordinationsabzug vom Tageslohn	96.35
Maximaler Tageslohn	330.40
Minimaler / Maximaler koordinierter Tageslohn	13.75 / 234.05

